Spannungsfeld "Staat und Gesellschaft" in Österreich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Mit einem kurzen Ausblick auf Tirol

Hermann J.W. Kuprian

"Glanz und Elend" lautete der ebenso kurze wie treffende Untertitel des zweiten Teiles der Niederösterreichischen Landesausstellung des Jahres 1987 auf Schloß Grafenegg über das Zeitalter Kaiser Franz Josephs im Zeitabschnitt zwischen 1880 und 1916.[1] Treffend nicht wegen des kontradiktorischen semantischen Gehaltes der beiden Begriffe Glanz und Elend, sondern weil sich in ihnen jene Konfliktfelder manifestieren, die die ambivalente Entwicklung jener Epoche kennzeichneten. Einer ungeheuer innovativen Vielfältigkeit und Blüte von Kunst und Kultur sowie einer offensichtlich positiven wirtschaftlichen Konjunktur standen zahlreiche Schattenseiten einer fundamentalen politischen und sozialen wie auch nationalen Umwälzung gegenüber. Dabei hatte diese Entwicklung nicht erst in den siebziger oder achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts begonnen, sondern brach mit aller Deutlichkeit bereits in den Revolutionsereignissen von 1848/49 hervor. Im Zuge der teilweise radikalen Forderungen der Revolutionäre sowie angesichts des atemberaubenden Tempos der Veränderungen hatte sich schon damals sehr bald das Gefühl breitgemacht, nicht nur einen politischen Machtwechsel, sondern auch eine soziale Revolution zu erleben. Und was den allmächtigen Staatskanzler Fürst Metternich[2] zur resignierenden Feststellung veranlaßte, daß es sich nämlich "nicht mehr um Politik handelt, sondern um die soziale Frage",[3] das konnte Papst Leo XIII. über vierzig Jahre später in der damals lange erwarteten Sozialenzyklika "Rerum novarum" vom 15. Mai 1891 tatsächlich verkünden, als er gleich eingangs auf die Ursache der sozialen Not hinwies: "In der Tat ist der soziale Kampf entbrannt; er ist die Folge der fortschreitenden Industrialisierung, der Modernisierung der Technik, der

1 Siehe dazu den Ausstellungskatalog: Das Zeitalter Kaiser Franz Josephs, 2.Teil, 1880-1916: Glanz und Elend. Ausstellungskatalog Schloß Grafenegg, 2 Bde., Horn 1987.

2 Aus der zahllosen Literatur über Klemens Wenzel Lothar Metternich (1773-1853) hier nur Richard BLAAS, Staatskanzler Fürst Metternich, in: Diplomatie und Außenpolitik Österreichs, hrsg. von Erich ZÖLLNER, Wien 1977, S.94-112.

3 H.U. WEHLER, 1987, S.703.

veränderten gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Produktionsmittelbesitzer und Lohnarbeiter, der zunehmenden Zusammenballung von Vermögen in den Händen weniger und der Verarmung vieler".[4]
Aber auch der preußische Hofhistoriograph Friedrich Wilhelms IV., Leopold von Ranke, notierte im März 1848 in sein Tagebuch, daß "aus dem Innern der europäischen Gesellschaften" eine Macht hervorsteige, nämlich die "Population der Fabrik, um die Gesellschaft umzustoßen" oder gar zu beherrschen.[5] Wenn sich auch die Befürchtungen Rankes nicht in diesem Umfang bewahrheiten sollten, zumal die "Population der Fabrik" selbst ein Teil der Gesellschaft war und noch keineswegs die Macht zu derartigen Umsturzversuchen besaß, so war sein Grundgefühl jedenfalls nicht ganz von der Hand zu weisen. Denn die europäische Gesellschaftsordnung befand sich tatsächlich in einem Wandlungsprozeß, der sich zwar parallel mit der Industrialisierung, dennoch aber mit entsprechender zeitlicher Verschiebung in den einzelnen Staaten und Ländern vollzog.
So blieb die Revolution von 1848 keineswegs eine Revolution des Proletariats,[6] schon gar nicht in der Habsburgermonarchie,[7] sondern stellt sich vielmehr als ein Emanzipationsprozeß des Bürgertums dar, das in seiner gesamten sozialen Bandbreite eine Liberalisierung des öffentlich-rechtlichen, konstitutionellen wie auch wirtschaftlichen Lebens verlangte.[8] Und es sollte damit auch erste Erfolge erzielen, denn trotz des totalen militärischen Sieges der kaiserlichen Armeen über nationale und soziale Revolutionen und der anschließenden Wiedereinführung eines absoluten Herrschaftssystems (mit dem Sylvesterpatent von 1851) konnten dennoch die letzten Überreste der aus dem Mittelalter überkommenen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung beseitigt werden: so etwa die Aufhebung der Grundherrschaft und der grundherrlichen Gerichtsbarkeit auf dem Lande, die Abschaffung des Zunftzwanges oder die Einführung der Gewerbefreiheit in den Städten. Darüber hinaus kristallisierten sich in der Revolution und gerade in der politischen Presse dieser Zeit zwei Hauptströmungen heraus, die zunächst zu Parteiungen und später auch zu Parteien wurden und die den Beginn des konstitutionellen und da-

4 R. Knoll, 1973, S.155.
5 H.U. Wehler, 1987, S.703.
6 Der Begriff "Proletarier" muß dabei freilich in seinem Wandel gesehen werden. Aus dem Lohnarbeiter der Manufakturzeit wird der Fabriksarbeiter, der einerseits als soziologischer Klassenbegriff in der marxistischen Literatur formuliert wird, andererseits als "soziales Stigma" zunächst einmal die unterste Stufe der damaligen Gesellschaft repräsentiert, ehe später durch die Erweckung des Klassenbewußtseins überhaupt Ansätze zu sozial positiver Bewertung gefunden werden. Vgl. E. Mayer, 1959, S.73.
7 Ausführlicher W. Häusler, 1981, S.118ff., und H. Steiner, 1988, S.21.
8 Zur sozialen Trägerschicht des Liberalismus W. Wadl, 1987, S.25ff.; weiters die Einführung von Ernst Bruckmüller, in: E. Bruckmüller; U. Döcker; H. Stekl; P. Urbanitsch (Hrsg.), 1990, S.13ff.

mit des modernen politischen Lebens überhaupt darstellten, nämlich die liberale und die demokratische Richtung der kommenden Jahrzehnte.[9] Vorderhand aber blieb das politische Mitspracherecht der breiten Masse weiterhin ausgeschaltet. Der Staat, repräsentiert durch Hochadel, Militär und Bürokratie mit dem Kaiser an der Spitze, blieb in den Entscheidungsprozessen noch weitgehend allein verantwortlich und legte nach den Erfahrungen der Revolution das Hauptaugenmerk nicht, wie erwartet, auf eine innenpolitisch-gesellschaftliche Umstrukturierung und Befriedung, sondern weiterhin auf die Erhaltung der Großmachtstellung des Vielvölkerstaates nach außen. Gleichzeitig haben der Verlauf und die eigentümliche Phase des Neoabsolutismus das Verhältnis von Bürokratie und neuem Bürgertum derart gefestigt und intensiviert, daß sich erstere keineswegs nur als Verwaltungsinstanz, sondern allmählich in ihrer Durchdringung auch als Modernisierungsinstrument empfand. Das Jahr 1848 hatte nämlich dem (deutschen) Besitz- und Bildungsbürgertum, das den josephinisch-liberalen Anschauungen huldigte, deutlich vor Augen geführt, daß es so etwas wie die "nationale Frage" gab. Die Reaktion darauf war eine stärkere Betonung des eigenen deutschen Nationalbewußtseins und die Erkenntnis, daß die eigene Stellung in diesem Staatswesen nur in einer Zusammenarbeit mit dem Hochadel, der Armee und eben der Bürokratie gesichert und verteidigt werden konnte.[10] Die erste Enttäuschung mußte indes folgen, als der damals 21jährige Kaiser Franz Joseph 1852 nach dem überraschenden Tod seines Mentors Fürst Felix Schwarzenberg in wohl übersteigertem monarchischem Selbstbewußtsein die Führung der Staatsgeschäfte selbst übernahm.[11] Er besann sich der Prinzipien, die ihm sein ehemaliger Lehrer und Erzieher, der spätere Kardinal Joseph Othmar Rauscher[12], eingeprägt hatte: Nur die Religion lehrt den Sterblichen, das Leben als Zeit der Vorbereitung und Prüfung zu betrachten und mildert so die Glut der Begierden und heiligt die Pflichten des bürgerlichen Gehorsams. "Deshalb stützet der Thron sich in Wahrheit auf den Altar".[13] Nach jahrelangen Verhandlungen konnte daher am 18. August 1855 (Franz Josephs Geburtstag) das Konkordat mit dem Hl. Stuhl unterzeichnet werden,[14] das die Aufhebung des Plazet und jeder Beschränkung des Verkehrs von Klerus und Laien mit Rom, die Überantwortung der Ehegerichtsbarkeit an das kirchliche Ge-

9 R. Prantner, 1959, S.85 f.
10 J. Redlich, 1920, S.81ff.; E. Bruckmüller, 1991, S.84f.
11 Vgl. A. Wandruszka, 1987, S.14.
12 Vgl. K. Vocelka, 1984, S.207f.; zu Joseph Othmar Rauscher (1797-1875) vgl. Erika Weinzierl-Fischer, in: Neue Österreichische Biographie ab 1815, Bd.XI, Zürich-Leipzig-Wien 1957, S.97-107; G. Mayer, 1989, passim.
13 E. Weinzierl, 1959, S.101.
14 Der Wortlaut des Konkordats findet sich bei E. Weinzierl-Fischer, 1960, S.250-258.

richt, eine gewisse Einschränkung der weltlichen Rechtsprechung über den Klerus und das Zugeständnis eines maßgebenden kirchlichen Einflusses auf das mittlere und niedere Schulwesen zugestand. Während die katholische Welt diesen Vertrag als "Höhepunkt der katholischen Restaurationsbewegung gegen den absoluten Staat und die liberale Zeitströmung"[15] feierte, brach für das liberale Bürgertum gleichsam eine Welt der Hoffnung zusammen. Der junge Kaiser hatte zunächst also seine neoabsolutistischen Ambitionen in Richtung eines autoritär gelenkten Einheitsstaates, der sich auf Armee, Beamtenschaft und auf die nunmehr aus den Fesseln des früheren Staatskirchenregiments befreite Kirche stützen sollte, verstärkt.[16]

Doch die auch außenpolitisch nicht sehr glückliche Hand des Kaisers sollte die innenpolitische Situation bald grundlegend verändern. Österreich war nämlich zur Zeit des Konkordatsabschlusses im Zuge des Krimkrieges in eine selbstverschuldete fatale internationale Isolation geraten. Ebensowenig war die Frage nach der Vorherrschaft im Deutschen Bund (Preußen oder Österreich) entschieden und die Lage im Süden des Reiches durch die von Sardinien ausgehende national-italienische Bewegung äußerst labil.[17]

Als schließlich im September 1870 einer der bedeutendsten kritischen Publizisten der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, der Satiriker und Journalist Daniel Spitzer, in einem Artikel über den Zerfall Österreichs u.a. ironisch notierte:

"Der Zerfall Österreichs war in dieser Woche ein beliebter Unterhaltungsgegenstand. Auf der Tribüne und in den Zeitungen wurde dieses anregende Thema in mehr oder minder ausführlicher Weise behandelt, und wie sonst über das Wetter sprach man in der Gesellschaft über den Zerfall Österreichs. Glauben Sie, daß dieses Österreich noch lange anhalten wird? Oh nein, ich denke, es wird sich sicher wieder verziehen..."[18],

oder, an anderer Stelle:

"Ein Austriacum - Österreich ist ein nicht regiertes Land; Sie würden aber irren, wenn Sie daraus entnehmen wollten, daß wir uns keiner Regierung erfreuen."[19],

war dies bereits deutlicher Ausdruck eines im Grunde pessimistischen, jedoch die tatsächliche Lage bagatellisierenden Lebensgefühls, das sich sehr rasch in den verschiedensten Gesellschaftsschichten breit gemacht hatte. Anlaß für diese und viele andere spöttische Artikel Spitzers gaben wohl

15 G. Franz, 1954, S. 56.
16 Vgl. E. Weinzierl, 1959, S.104f.; K. Vocelka, 1984, S.207ff.
17 Vgl. A. Wandruszka, 1987, S.14f.
18 D. Spitzer, 1879, S.141.
19 H.-H. Skupy (Hrsg.), 1983, S.197.

die zahlreichen Regierungskrisen und Regierungsneubildungen der nun einsetzenden liberalen Ära zwischen 1867 und 1879, über die er weiter scharfzüngig vermerkte, daß ihnen nur aus lerntechnischen Gründen vor allem für die Schüler neckische Kosenamen wie "Bürgerministerium", "Versöhnungsministerium" usw. beigelegt wurden, und er sich als guter Patriot nur wünschen könne, daß die großen Männer, deren Namen man so rasch vergißt, zur Erleichterung für das überbürdete Gedächtnis alle Meyer heißen sollten.

Worin aber lagen die Ursachen für diesen vordergründigen, mit Humor überspielten Pessimismus? Zum einen waren es die außenpolitischen respektive militärischen Niederlagen, die sich seit den Tagen von Solferino (1859) und Königgrätz (1866) auf die innenpolitische Szenerie auswirkten; und zum anderen drängten die jahrzehntelang ungelösten sozialen Probleme, die sich im Zuge der fortschreitenden Industrialisierung und der liberalen Marktwirtschaft aufgestaut hatten, nach einer Lösung. Daß die Niederlage von Königgrätz vom 3. Juli 1866 und der damit verbundene Prestigeverlust der habsburgischen Großmacht eine der größten Katastrophen der österreichischen Geschichte war, ist wohl bis zum heutigen Tag ein Gemeinplatz des österreichischen Geschichtsbewußtseins. Aber ungeachtet der unzähligen Gefallenen, Toten oder Verwundeten war es auch und in erster Linie eine Katastrophe für den Hof und für die Machtposition des Hauses Habsburg. Für die Bevölkerung hingegen, für alle Schichten der immer komplexer werdenden Gesellschaft im Reich Kaiser Franz Josephs bedeutete die militärische Niederlage von 1866 indes weder Unheil noch Verderben, sondern in mancher Hinsicht das Gegenteil, zumal der Zusammenbruch der Armee, jener verläßlichen Ordnungsmacht in dem zentralistisch regierten Vielvölkerstaat, nunmehr endgültig den Hof zwang, in den wichtigsten politischen und sozialen Fragen weitgehende Konzessionen zu machen, bevor ein neues Sturmjahr losbrechen konnte.[20]
Und tatsächlich, Franz Joseph und seine Ratgeber und Minister handelten erstaunlich rasch. Innerhalb weniger Monate gelang es nun, das seit der Revolution von 1848/49 bestehende ungarische Problem zu lösen und einen Ausgleich zustandezubringen. Im Februar 1867 wurden die Verhandlungen zwischen Österreich und Ungarn in Wien abgeschlossen und damit eigentlich erst jener staatsrechtliche Gesamtkomplex geschaffen, den wir heute als österreichisch-ungarische Monarchie kennen. Danach waren die beiden Reichshälften - die österreichische wie die ungarische, inoffiziell auch Cisleithanien und Transleithanien genannt -

20 Vgl. S. VAJDA, 1980, S.525.

zwei voneinander unabhängige und gleichberechtigte Staaten, lediglich verbunden durch die Person des Herrschers, durch eine gemeinsame Regelung der Außenpolitik, der Finanzen und der Landesverteidigung. Die amtliche Bezeichnung der beiden Reichshälften, die für Österreich eigentlich "die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder" und für Ungarn die "Länder der heiligen ungarischen Krone" lautete, war jedoch zu schwerfällig und bürgerte sich nicht ein, bis sie überhaupt beinahe in Vergessenheit geriet.[21]

Die so erfolgte Zweiteilung der Monarchie - wohl mehr das Resultat einer politischen Verlegenheit des Kaiserhauses - bot in den folgenden Jahrzehnten Anlaß genug zu ständigem Streit und gegenseitiger Erpressung vor allem zwischen den beiden dominierenden Nationalitäten, den Deutschen einerseits und den Magyaren anderseits. Zunächst schien freilich die Monarchie gerettet und der innere Friede wieder hergestellt. Beide Reichshälften erhielten neue Verfassungen, die in ihren gesetzlichen Ansprüchen beinahe alle liberalen Grundrechtsforderungen ihrer Zeit erfüllten. So legte etwa das am 21.Dezember 1867 von Kaiser Franz Joseph bestätigte Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder unter anderem fest, daß nicht nur alle Staatsbürger vor dem Gesetz gleich sein sollten, sondern auch die öffentlichen Ämter für alle Staatsbürger gleich zugänglich, die Freizügigkeit der Person und des Vermögens innerhalb des Staatsgebietes keiner Beschränkung unterliegen, das Eigentum wie das Hausrecht unverletzlich sein und die österreichischen Staatsbürger das Recht haben sollen, sich zu versammeln und Vereine zu bilden. Darüber hinaus konnte gemäß diesem Gesetz theoretisch jedermann in Wort, Schrift und Druck oder bildlicher Darstellung seine Meinung innerhalb der gesetzlichen Schranken frei äußern und die volle Gewissens- und Glaubensfreiheit ausüben sowie seinen Beruf frei wählen.[22]

Der wichtigste Punkt aber, der angesichts der privilegierten Stellung der Deutschen innerhalb der cisleithanischen Reichshälfte noch zu heftigen Debatten sowohl in der Öffentlichkeit wie auch im Reichsrat führte, war die Festlegung auf Wahrung und Pflege von Nationalität und Sprache für jeden Volksstamm des Staates als gleichsam unverletzliches Recht. Die Praxis sah nämlich völlig anders aus und glich eher einem "Liberalismus mit beschränkter Haftung", zugeschnitten auf den Herrschaftsanspruch des Adels und die Wirtschaftsfreiheit des Bürgertums.[23] Das System war noch immer nicht für Massenparteien eingerichtet, wie sie

21 Vgl. A. KLEIN, 1964, S.33ff.

22 Vgl. Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger vom 21. Dezember 1867, RGBl. Nr.142/1867

23 Zum Liberalismusbegriff vgl. W. WADL, 1987, S.13ff.

erst später in den 80er und 90er Jahren entstanden, und es hatte auch noch lange keine Auseinandersetzung mit Gesellschaftsformen und Gesellschaftsreformen stattgefunden, weshalb sich der Reichsrat als Volksvertretung später auch nicht der Konfrontation der Nationalitäten gewachsen zeigte. Die jeweiligen Minderheiten, allen voran die Tschechen, kultivierten zwecks Lahmlegung des Parlaments die Obstruktion, so daß sich die jeweiligen Regierungen immer wieder zum rettenden Notstandsparagraphen 14 flüchteten, der ein außerparlamentarisches Regime auf dem Verordnungsweg ermöglichte.[24]

Vieles also von den sogenannten "revolutionären Gesetzen" bestand vorerst nur auf dem Papier oder konnte im alltäglichen politischen Leben kaum realisiert werden. Der Widerstand der von altersher privilegierten Schichten war einfach zu groß, das geistige und das verwaltungstechnische Rüstzeug der Monarchie noch viel zu sehr den alten, traditionellen Formen verhaftet.

Dennoch, die neuen, vom Staat nun auch offiziell unterstützten Gedanken in Richtung einer Demokratisierung des öffentlichen Lebens etablierten sich allmählich auch in der Öffentlichkeit, so daß ein neues Klima entstand, eine Atmosphäre der freien Willensbildung, die zunehmend die Grundzüge einer demokratischen Wohlstands- und Überflußgesellschaft entwarf, wenn auch unter den Bedingungen eines charakteristisch österreichischen Sozialsystems. Es sollte jedem bedeutend besser gehen, aber nur auf seinem angestammten Platz. Und in der Tat, es ging nahezu jedem bedeutend besser, denn trotz der keineswegs reibungslos funktionierenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit der beiden Reichshälften besserte sich die Handelsbilanz fortlaufend, so daß sie zwischen 1876 und 1898, also über 22 Jahre hinweg, stets aktiv blieb.

Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine "Welt der Sicherheit" waren also gegeben, als am 5. und 6. April 1874 74 Delegierte im Namen von etwa 25.000 Mitgliedern von Arbeitervereinen in Neudörfl im heutigen Burgenland, das damals aber noch auf ungarischem Hoheitsgebiet lag, die sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs gründeten,[25] deren Ziel es war, das Los jener Industriearbeiter zu verbessern, die unter nahezu unmenschlichen Bedingungen und in ärgster Not lebten. Auch dafür hatte das österreichische Staatsgrundgesetz vom Dezember 1867 zumindest die Voraussetzungen geschaffen, daß nämlich die etablierte Gesellschaft mit der unhaltbaren Lage der Industriearbeiter konfrontiert wurde und es diesen ermöglichte, sich zu artikulieren und zu organisieren.

24 Vgl. H. Andics, 1974, S.171.
25 Vgl. E. S. Vincze, 1981, S.284ff.

Dem Bürgertum ging es hingegen nunmehr darum, seine wohlerworbenen Rechte gegen die anstürmenden und nachrückenden Massen, die sich sehr rasch zu Massenparteien formierten, zu verteidigen. Nicht nur die aufstrebende Sozialdemokratie, die seit dem Parteitag von Hainfeld 1888/89 als eine geeinte organisatorische Kraft auftrat, stellte eine Herausforderung für das liberale Bürgertum dar, sondern auch die in diesem Zeitraum unter der Führung Karl Luegers aufstrebende christlichsoziale Bewegung, die die kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden, die zum Teil Opfer des Liberalismus und Kapitalismus geworden waren, auf christlich-konservativer Basis organisierte. In dem Maße freilich, in dem die Sozialdemokratie anwuchs und sich zu der antibürgerlichen Massenpartei schlechthin entwickelte, traten die Gegensätze zwischen dem Bürgertum und jenen Schichten, die ursprünglich in der christlichsozialen Bewegung gegen dessen Vorherrschaft aufbegehrt hatten, zurück, so daß die Christlichsoziale Partei im Laufe der Zeit selbst zu einer Partei der Besitzenden und der "Wirtschaft" wurde. Diese Verschiebung zeigt, daß ursprüngliche Loyalitäten und Bindungen politisch und sozial aufgegeben werden, sobald neue, stärkere Ängste an die Stelle der ursprünglich maßgebenden treten und das Gefühl der Unsicherheit immer wieder in gewonnene Sicherheiten einbricht und sie in Frage stellt. Die Perspektive verschob sich insofern sehr rasch, als das Bürgertum, das sich zunächst vor dem Kleinbürgertum in Acht zu nehmen hatte, dessen Unterstützung in dem Maße gewann, als dieses selbst von den nachrückenden Generationen bedrängt und an der historischen Wurzel gepackt wurde. Schon daraus wird ersichtlich, daß politische und soziale Sicherheiten immer nur vorläufig und bedingt sein können, daß sie einem gegenläufigen Entwicklungstrend, der Verunsicherung verspricht, abgerungen werden müssen. Damit wird auch klar, daß die Arbeiterschaft, die dem Bürgertum und Kleinbürgertum nachfolgte, die Realität rund um die Jahrhundertwende nicht im gleichen Maß als eine "Welt der Sicherheit" perzipieren und empfinden konnte wie die sozial begünstigteren Schichten.[26] Insofern muß also dieser Begriff, wie ihn Stefan Zweig in seinem Memoirenwerk für das Lebensgefühl der Jahrhundertwende einführte, relativiert werden, denn das Niveau, auf dem sich diese Sicherheit etablieren und einpendeln sollte, war ein ungleich niedrigeres als das der beati possidentes, die lediglich den status quo zu verteidigen hatten.

Worauf sich also das politische Spannungsfeld im Österreich des ausgehenden 19. Jahrhunderts konzentrierte, läßt sich im wesentlichen in zwei Bereiche einteilen, die bei oberflächlicher Betrachtung nur scheinbar ne-

26 Vgl. R. SANDGRUBER, 1987, S.140.

beneinander existierten und im Grundrechtskatalog von 1867 ihre gesetzliche Basis fanden:

- Zum einen war es der wohl berechtigte Wunsch der einzelnen Nationalitäten innerhalb des Vielvölkerstaates nach mehr politischer, administrativer und kultureller Eigenständigkeit und
- zum anderen der Wille der sozial wie wirtschaftlich minderprivilegierten Schichten, durch die Erlangung größerer politischer Macht ihre Position zu verstärken.

War es der Aristokratie, dem Klerus und dem besitzenden wie intellektuellen Bürgertum der einzelnen Nationalitäten zumindest möglich, ihren politischen Interessen und Wünschen auf parlamentarischer Ebene Ausdruck zu verleihen, so blieb die überwiegende Masse, allen voran die Bauern, die Arbeiterschaft und das Kleinbürgertum, aufgrund eines eingeschränkten Kurienwahlsystems von der Ausübung politischer Macht weitgehend ausgeschlossen. Der Kaiser wie die lange Reihe der Ministerpräsidenten, die sich Franz Joseph stets aus dem Großgrundbesitz oder der hochadeligen Beamtenschaft der Statthaltereien holte, waren sich durchaus der Brisanz sowohl des Nationalitätenstreites wie auch der vehementen Forderungen nach einer Ausweitung des allgemeinen Wahlrechtes bewußt. Sie wußten freilich auch, daß gerade die zunehmende Junktimierung von nationalen und sozialen Forderungen und Problemen, vor der letztlich auch keine politische Partei verschont geblieben war, für das multinationale Gefüge der Monarchie eine existentielle Bedrohung darstellte. Was aber dennoch in jedem Fall vermieden werden sollte, war eine radikale Umgestaltung des politischen Lebens und die damit verbundene Veräußerung zahlreicher Privilegien von Adel, Klerus und Großbürgertum.[27]

So ging es im wesentlichen darum, mit einer Politik der kleinen Schritte eine "Revolution von unten" zu verhindern und durch manche Konzessionen, die jedoch meist nur Minimalforderungen erfüllten, die Völker und Massen des Reiches in "wohltemperierter Unzufriedenheit"[28] zu halten. Es lag freilich auf der Hand, daß aufgrund einer derartigen Strategie der Posten eines Ministerpräsidenten der cisleithanischen Reichshälfte gleichsam zu einem Schleudersitz wurde, während Franz Joseph sich durchaus redlich darum bemühte, ein konstitutioneller Monarch zu sein, nicht nur für eine staatstragende Nation, sondern für alle seine Völker. Die Überzeugung allerdings, daß sich ein Vielvölkerstaat parlamentarisch nicht regieren lasse, blieb ihm bis zu seinem Tode innerlich verhaftet. Je länger aber die Politik der kleinen Konzessionen anhielt, desto radikaler wurden sowohl die Forderungen nach einer Lösung der Nationalitätenfrage

27 Vgl. K. BERCHTold (Hrsg.), 1967, S.11ff.
28 S. VAJDA, 1980, S.541.

wie der sozialen Probleme. Deutlich wurden diese Tendenzen bereits im März 1883, als in Wien 29 Radikalsozialisten und im Juni desselben Jahres in Graz 23 Gesinnungsgenossen vor dem Geschworenengericht standen, weil sie im Rahmen von Ausschreitungen auf Polizisten geschossen und ideologisch motivierte Raubüberfälle verübt hatten. Die Urteile fielen allerdings überraschend mild aus, denn die Regierung benützte die eher sporadischen Zwischenfälle nicht als Vorwand, um harte Maßnahmen gegen die gesamte Bewegung der Arbeiter einzuleiten. Vielmehr zeigten sich Kaiser und Kabinett nunmehr bereit, die berechtigten Forderungen des Proletariats zu prüfen und sie, soweit dies für die konservative Macht opportun schien, auch korrekt zu erfüllen. Schützenhilfe erhielten Sozialdemokraten und Christlichsoziale dabei indirekt durch die Enzyklika Papst Leos XIII., der damit zugleich auch den antimarxistischen Kurs der Kirche auf dem Weg zu einer neuen, christlich geprägten Sozialfürsorge deutlich absteckte.[29]

Wien war aber bereits Rom weit vorausgegangen und schwenkte niemals zur Gänze auf die päpstliche Linie ein. Denn schon im Juni 1883, also im Jahr der erwähnten Ausschreitungen, wurde für die österreichische Reichshälfte die Verordnung über die Gewerbeinspektorate erlassen, die im Namen des Staates die Einhaltung der sozialen Gesetze in den Betrieben (etwa die Sonntagsruhe, die Kündigungsfrist, geregelte Arbeitszeit) zu kontrollieren hatten. Und zwei Jahre später, im März 1885, wurden auch die Kinderarbeit und die Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche verboten, die maximale Arbeitszeit auf nunmehr 11 Stunden pro Tag herabgesetzt. Weitere drei Jahre später wurde auch das Gesetz über die obligate Arbeiterkrankenversicherung sowie im April 1889 jenes über die obligate Arbeiterunfallversicherung veröffentlicht.[30] Immerhin bedeuteten diese Neuerungen, durchgeführt von einer konservativen und klerikalen Koalitionsregierung aller Nationalitäten unter Ministerpräsident Graf Eduard Taaffe, eine essentielle Erleichterung für weite Teile der arbeitenden Bevölkerung, wenn sie auch nicht einer moralischen staatlichen Überzeugung entsprangen, sondern vielmehr der Einsicht, daß die Korrosion der überkommenen politischen Strukturen durch wachsende nationale Spannungen und vor allem die Massenbewegung der Arbeiter wie überhaupt die "Politisierung der Massen"[31] neue Integrationsstrategien notwendig mache.[32]

Wesentlich schwieriger gestaltete sich unterdessen der Kampf um die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahl-

29 Die Bedeutung der Enzyklika für den Sozialkatholizismus in Österreich behandelt eingehend R. Knoll, 1973, S.150-163.

30 Vgl. S. Vajda, 1980, S.537.

31 Dazu ausführlich P. Urbanitsch, 1987, S.106-118.

32 Vgl. M. Grandner, 1991, S.157.

rechtes, das Franz Joseph lange Zeit abzuwehren vermochte, bis schließlich auch er einsehen mußte, daß die Zeit unaufhaltsam gegen die alten Machtstrukturen arbeitete.[33] Worauf er jedoch in seinem zögernden Nachgeben stets Wert legte, war die peinliche Vermeidung des Anscheins, daß die Krone der Gewalt der Straße gewichen wäre. "So sehr ich die entschiedene Inangriffnahme und Festsetzung der Wahlgesetzfrage für notwendig erachte, ebensosehr empfehle ich, daß mit unnachsichtiger Strenge und mit mehr Erfolg den Straßendemonstrationen entgegengetreten werde. Der Anschein einer Pression und der Angst vor einer solchen muß absolut vermieden werden",[34] hieß es in der Anweisung an einen seiner zahlreichen Ministerpräsidenten anläßlich der Verhandlungen über die Wahlreform.

Die hier angesprochene scheinbar unnachgiebige Strenge nützte allerdings wenig, denn Ende November 1905 kam es erneut zu einer Straßendemonstration in Wien, an der nunmehr bereits mehr als 200.000 Personen teilnahmen. Der spürbare Druck der Straße führte dazu, daß trotz einiger Rückzugsgefechte die Wahlreformfrage forciert wurde und Kaiser Franz Joseph bereits im Jänner 1907 das Gesetz über die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes für Männer (über 24) sanktionierte. Wenn auch die Frauen damit selbst jene geringfügigen, ohnehin theoretischen Rechte, die sie auf Grund ihrer Besitzverhältnisse nach dem alten Wahlrecht gehabt hatten,[35] verloren und vom gleichen Wahlrecht ausgeschlossen blieben - sie erhielten erst nach dem Zusammenbruch der Monarchie im Jahr 1919 das Wahlrecht -, so war damit zumindest die österreichische Reichshälfte im wesentlichen eine kaiserlich-königliche parlamentarische Demokratie geworden.

Obwohl die für ihre Zeit geradezu "bahnbrechenden Ergebnisse" dieses Kampfes um soziale und konstitutionelle Gerechtigkeit aus heutiger Sicht freilich noch weit von einer befriedigenden Lösung entfernt blieben, so darf darüber nicht vergessen werden, daß sie das äußerst verwinkelte historisch-politische Staatsgebäude der österreichisch-ungarischen Monarchie noch kaum zu erschüttern vermochten. Wesentlich stärker ins Gewicht fiel der nach wie vor ungelöste Nationalitätenstreit, der zunehmend zum Grundproblem des Vielvölkerstaates wurde, dessen sich die Regierungen ebenfalls durch Jahrzehnte mit einer Politik des Taktierens und der kleinen Konzessionen zu entledigen suchten. An der vordersten Front der Auseinandersetzungen standen die seit Jahrhunderten zurückgesetzten Tschechen. Sie verlangten einen dem ungarischen entspre-

33 Dazu K. Ucakar, 1985.
34 S. Vajda, 1980, S.538.
35 Vgl. P. Urbanitsch, 1987, S.115.

chenden Ausgleich, die staatliche Unabhängigkeit für Böhmen und Mähren, und bestanden darauf, daß sich Franz Joseph in Prag zum böhmischen König krönen lasse. Der Kaiser versprach dies auch, hielt sein Wort aber nicht, zumal seine engsten Berater den Zerfall des Familienbesitzes befürchteten, während der ungarische Ministerpräsident Julius Graf Andrassy ohne Umschweife davon sprach, daß die Ungarn eine weitere Teilung der Macht innerhalb der Monarchie nicht hinnehmen und ihre Führungsrolle mit keinem anderen Volk teilen würden. So verschob Franz Joseph die Lösung der tschechischen Frage auf unbestimmte Zeit, und Böhmen blieb Kronland, d.h. eine von der Zentralverwaltung in Wien abhängige Provinz.[36]

Die letzten Jahrzehnte der Donaumonarchie bieten also dem Historiker in politisch-nationaler wie in sozialhistorischer Sicht ein durchaus konträres Bild. Beide Konfliktfelder verband nämlich die innere Unruhe, die Angespanntheit, die für Leistungen im positiven wie im negativen Sinne unumgänglich schien. Die Zeichen standen äußerlich deutlich sichtbar auf Fortschritt und auf - zumindest staatlich-wirtschaftlichen - Wohlstand. Nicht nur, daß Österreich das einzige westeuropäische Land war, das zwischen 1890 und 1910 eine Zunahme der jährlichen Wachstumsraten der Selbständigen im Gewerbe-, Handels- und Industriesektor zu verzeichnen hatte,[37] sondern in einer Reihe von Provinzstädten und vor allem in Wien, wo Bürgermeister Karl Lueger[38] in gleichsam revolutionierender Weise zahlreiche technische und sozialpolitische Neuerungen einführte, begann sich die Lebensqualität deutlich zu verbessern. Dagegen stand aber auf politischer Ebene die Aktivierung der Spaltung Besitzender/Arbeiter ebenso wie der Kampf der Nationalitäten untereinander, aber auch jener der Provinzen gegen die Zentrale Wien auf mehr oder minder offizieller Ebene.[39] Getragen und ausgefochten wurde der Konflikt in erster Linie vom sogenannten Mittelstand, der dabei seine wirtschaftlichen Interessen stets vor Augen hatte und von Staat und Kirche immer stärker als künftige staatserhaltende und staatstragende Gesellschaftsschicht erkannt und gefördert wurde. Es gab jedoch daneben

36 Vgl. S. VAJDA, 1980, S.539.

37 Vgl. E. HANISCH, 1991, S.177f.

38 Über Karl Lueger (1844-1910), seinen politischen Aufstieg und sein Wirken und Wesen vgl. auswahlweise Felix CZEIKE, 700 Jahre Wiener Bürgermeister (Wiener Geschichtsblätter 37), Wien 1982, S.31-34; Kurt SKALNIK, Dr. Karl Lueger. Der Mann zwischen den Zeiten (Beiträge zur neueren Geschichte des christlichen Österreich 4), Wien-München 1954; Rudolf KUPPE, Karl Lueger und seine Zeit, Wien 1933; Maren SELIGER/Karl UCAKAR, Wien. Politische Geschichte 1740 - 1934. Entwicklung und Bestimmungskräfte großstädtischer Politik. 2.Bde., Wien-München 1985, bes. S.589ff. und passim; Marianne BESKIBA, Aus meinen Erinnerungen an Dr. Karl Lueger, Wien 1911.

39 Vgl. E. HANISCH/U. FLEISCHER, 1986, S.65ff.

auch eine Verständigung der Nationalitäten vor allem in den "unteren Volksschichten", aber auch in den Kreisen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kunst, in der Armee, in den Amtsstuben und - traditionell verbürgt - weiterhin in den Adelskreisen.

Daß letztlich allerdings die Monarchie mit ihrem proletarischen Massenelend trotz zahlreicher positiver Ansätze von staatlicher Seite und wohl auch bester Absichten von Männern wie etwa Ernest von Koerber[40] - im übrigen einer Trientiner Familie entstammend - nicht fertig wurde, war keineswegs eine österreichische Besonderheit, sondern eine allgemeine Zeiterscheinung des damaligen industriellen Entwicklungsstadiums. So blieb eine permanente Atmosphäre sozialer Unruhe bestehen, und die Spannungen entluden sich von Zeit zu Zeit in Demonstrationen, Zusammenstößen und gelegentlich sogar blutigen Straßenkämpfen, ohne daß zunächst die Gesellschaftsstruktur der Donaumonarchie deshalb ins Wanken geriet. Aber auch die schrittweise Demokratisierung des politischen Systems seit 1882 (Senkung des Wahlzensus, Einführung einer 5. Wählerkurie etc.)[41] konnte die staatsbedrohenden nationalen Konflikte nicht stillegen, sondern lähmte im Gegenteil das Parlament durch pausenlose Obstruktionen. Dabei ließ sich feststellen, daß die alten Eliten - Krone, Feudaladel, Hochbürokratie und Kirchenfürsten - in der Nationalitätenfrage durchaus kompromißfähiger waren als etwa die neuen demokratischen Eliten der Parteien. Freilich hing dies bei letzteren mit den starken Traditionen des Obrigkeitsstaates und der "Revolution von oben" zusammen, so daß die Zeit, Demokratie zu lernen, viel zu kurz ausfiel. Aber auch ein Teil der alten Eliten trug sich stets mit Staatsstreichsplänen,[42] wie dies etwa Ernest von Koerber Anfang September 1900 dem Kaiser vorschlug. Der damalige Ministerpräsident erwartete sich vom Kaiser für seine Pläne Unterstützung, zumal Franz Joseph angesichts der Tumulte im Reichsrat anklagend gemeint hatte, die Monarchie sei mittlerweile zum Gespött der ganzen Welt geworden. Während im österreichischen Reichsrat einander die Nationalitäten befehdeten, verdammten im ungarischen Reichsrat einzelne Abgeordnete bereits unverhüllt den Dreibund, jenes umstrittene Vertragswerk zwischen dem Deutschen Reich, Italien und Österreich-Ungarn, das seit beinahe

40 Zu Ernest von Koerber (1850-1919) genügt hier exemplarisch Heinrich FRIEDJUNG, Ernest von Körber, in: Neue Österreichische Biographie, Bd.1 (1923), S.23-43; Biographisches Wörterbuch zur Deutschen Geschichte, Bd.2, München 1974, S.1522f.; Österreichisches Biographisches Lexikon, Bd.4, Wien-Köln-Graz 1969, S.44f.; A. ABLEITINGER, 1973; Herwig LEITGEB, Die Ministerpräsidentschaft Dr. Ernest von Koerbers in den Jahren 1900 bis 1904 und Oktober bis Dezember 1916, Phil. Diss. Wien 1951.

41 Vgl. E. BRUCKMÜLLER, 1985, S.425ff.

42 Vgl. E. HANISCH, 1991, S.184f.

zwei Jahrzehnten die außenpolitische Existenzgrundlage der Monarchie bildete.[43] Hinter vorgehaltener Hand wurde jenseits der Leitha auch schon von der Lostrennung der ungarischen Reichshälfte geredet, und die junge Unabhängigkeitspartei Franz Kossuths hatte massenhaft Zulauf. In Berlin begannen sich politische Kreise zusehends für den Gedanken zu begeistern, der eine Auflösung der Donaumonarchie und die Einverleibung der deutschsprachigen Provinzen in das Deutsche Reich unter gleichzeitiger Integration der nichtdeutschen Völkerschaften in ein ungarisches Großreich vorsah. Für viele in Berlin schien ein solchermaßen gestärktes Ungarn jedenfalls ein verläßlicherer Verbündeter als die dualistisch ausgerichtete Doppelmonarchie. Zu allem Überfluß begann die internationale Presse bereits Spekulationen anzustellen, wie lange Österreich-Ungarn den Stürmen der Zeit wohl noch werde standhalten können.

Koerbers Entwürfe für den Staatsstreich[44] enthielten einige Brisanz. Ein neues Wahlrecht, eine neue Geschäftsordnung für den Reichsrat und eine neue Sprachenverordnung ohne Zustimmung des Parlaments sollten aus kaiserlicher Machtvollkommenheit oktroyiert werden. Koerbers Reform ging zwar nicht von dem bislang existierenden Kurienwahlrecht ab, doch sollte für die Mehrheit der Bevölkerung das allgemeine Wahlrecht eingeführt werden, mit dem Hintergedanken, den Wähler dadurch direkt als Einzelpersönlichkeit an die Wahlurne zu holen, isoliert von den nationalen Gruppierungen in den regionalen Wahlkörpern. Die von nationalistischen Motiven doch weitgehend freien Massenparteien, in erster Linie Sozialdemokraten und Christlichsoziale, sollten auf diese Weise durch das Übergewicht der allgemeinen Wählerklasse verstärkt Einfluß erhalten. Im neu strukturierten Reichsrat sollte es gemäß Koerbers Vorstellungen auch keine Obstruktion durch Dauerreden und Verschleppungsmanöver bei den Abstimmungen mehr geben, und für die Behandlung der Gesetzesentwürfe waren Zeitfristen vorgesehen. Mit einem solcherart arbeitsfähigen Parlament hoffte nunmehr der Ministerpräsident, auch über die Nationalitätenfrage hinwegzukommen. Ein weiterer Gesetzesentwurf sah eine Regelung der Sprachenfrage für die österreichische Hälfte der Doppelmonarchie vor. Im Behördenverkehr hatte die jeweils landesübliche Sprache zu gelten. Dabei wurde mit geradezu minutiöser Genauigkeit festgelegt, welches diese landesübliche Sprache für alle Bezirke von Welschtirol bis Schlesien, von Istrien bis in die Bukowina war. In vorwiegend zweisprachigen Bezirken mußten außerdem nicht alle Beamten beider Sprachen mächtig sein, sondern nur eine beschränkte,

43 Zum Dreibund vgl. Fritz FELLNER, Der Dreibund. Europäische Diplomatie vor dem ersten Weltkrieg (Österreich-Archiv), Wien 1960; Francis Roy BRIDGE, Österreich (-Ungarn) unter den Großmächten, in: A. WANDRUSZKA/P. URBANITSCH (Hrsg.), 1989, Bd.VI/1, S.263ff.

44 A. ABLEITINGER, 1973, S.176ff.

für den tatsächlichen Aktenanfall erforderliche Anzahl.[45] Das war immer schon das Hauptproblem aller Sprachenregelungen gewesen: Wo für Beamte, Lehrer und Richter die Zweisprachigkeit verlangt wurde, sahen sich die Deutschen in ihrer Existenz bedroht. Denn die sich im wohl schönen Selbstbewußtsein wiegende, staatstragende Nation hatte es vielfach abgelehnt, die zweite Landessprache zu erlernen. Dennoch, Koerber scheiterte mit seinem Programm allein schon deshalb, weil es nur für einen Teil, nämlich die österreichische Hälfte der Monarchie, zu gelten hatte. Koerber war nur für die eine Hälfte zuständig, während der ungarische Kollege die Reform zu Fall brachte. Der ungarische Ministerpräsident Koloman von Szell lehnte vor dem Kronrat den Staatsstreich letztlich mit der Begründung ab, daß die Liquidierung der Verfassung einer der beiden Reichshälften gleichzeitig die Aufhebung des österreichisch-ungarischen Ausgleichs von 1867 bedeuten müßte.

Allen Beteiligten war natürlich klar, daß es dem ungarischen Ministerpräsidenten weniger um die Verfassung als um die Folgewirkungen ging, die eine Lösung der österreichischen Probleme durch ein demokratisiertes Wahlrecht und eine gerechte Sprachenregelung für den ungarischen Reichsteil haben mußte. Denn in Ungarn besaßen nur knappe 12% der Bevölkerung das Wahlrecht, und dies waren vorwiegend Magyaren, und von den fast 2,5 Millionen Einwohnern Kroatiens und Slawoniens waren nur etwa 2% stimmberechtigt, war doch das Wahlrecht in Ungarn das probate Instrument, mit dem eine dünne Oberschicht von Magnaten, kleinadeligen Grundbesitzern und Besitzbürgertum der wenigen Städte seine Herrschaft über 20 Millionen Menschen aufrecht erhielt. Je mehr sich aber in der Gedankenwelt dieser Oberschicht die Vorstellung ausbreitete, die Beherrschung der Balkanslawen im Donauraum sei Ungarns große historische Aufgabe, umso weniger kam ein Verzicht auf dieses Machtinstrument in Frage.[46]

Obwohl Koerber aufgrund des Scheiterns seiner Pläne dem Kaiser seine Demission anbot, wollte ihn Franz Joseph nicht gehen lassen. Einer Kraftprobe mit den Ungarn fühlte sich der betagte Kaiser hingegen ebenfalls nicht gewachsen.

Wenn heute Koerbers gescheiterte Entwürfe auch als historische Kuriosität anzusehen sind, so blieben sie dennoch die womöglich ehrlichsten und wohl auch letzten Versuche, die Lebensfragen der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder zu lösen. Alle weiteren Hoffnungen beruhten nun auf der Person des Thronfolgers, Erzherzog Franz Ferdinand, dem der alte Kaiser das Leben wegen seiner morganatischen Ehe mit Sophie Chotek äußerst schwer machte: nicht allein deshalb, weil Franz Fer-

45 Vgl. ebd.
46 Vgl. H. Andics, 1974, S.242.

dinand vor versammelter Öffentlichkeit mit der Hand auf der Bibel für seine zukünftige Frau auf sämtliche kaiserlichen, königlichen und sonstigen Titel, Würden und Rechte des Erzhauses und ebenso für die noch ungeborenen Kinder aus der noch gar nicht geschlossenen Ehe verzichten mußte, sondern weil der Thronfolger zum Leidwesen seines Kaiseronkels dazu übergegangen war, im Schloß Belvedere eine Nebenregierung zur Kaiserresidenz Schönbrunn aufzubauen, die mitunter sogar als Gegenregierung in Erscheinung trat. Schritt für Schritt erweiterte nämlich der Thronfolger seinen Einflußbereich und fast jedem dieser Schritte ging ein persönliches Duell mit Franz Joseph voraus. Nach außen hin wahrten freilich der Kaiser und sein Thronfolger die Form, doch wenn sie privat und allein zusammentrafen, konnten sie sich kaum beherrschen. Trotzdem gelang es Franz Ferdinand, die Armee fast gänzlich unter seine Kontrolle zu bringen und auch im Verwaltungsapparat seine Vertrauensleute zu etablieren. Die Christlichsoziale Partei war seine innenpolitische Bastion, die Reichspost mit ihrem Chefredakteur Friedrich Funder[47] sein Publikationsorgan und der beliebte Wiener Bürgermeister Karl Lueger sein Kandidat für das Amt eines Reichskanzlers entsprechend seinen Plänen nach Installierung einer gemeinsamen Regierung für beide Hälften der Doppelmonarchie.[48] Auf Franz Ferdinands Schreibtisch häuften sich Entwürfe, Pläne und Gutachten, mit denen er als künftiger Kaiser den Anachronismus zwischen Österreich und Ungarn lösen wollte. Die Schüsse von Sarajewo bereiteten seinem ehrgeizigen Vorhaben indes ein plötzliches Ende.

Wenn bisher ein auch nur skizzenhafter Überblick über die allgemeine politische und soziale Entwicklung der Donaumonarchie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geboten werden konnte, so darf darüber nicht vergessen werden, daß in den einzelnen Kronländern vielfach unterschiedliche Herrschaftsstrukturen und soziologische wie ethnische Zusammensetzungen durchaus andersgeartete, regional begrenzte Probleme implizierten.[49] Es liegt daher nahe, zumindest in groben Umrissen einen Aspekt der Tiroler Geschichte herauszugreifen, der gleichsam exemplarisch dem immer spürbarer werdenden Konflikt zwischen Provinz und Zentrale, zwischen Föderalismus und Zentralismus, zwischen vorwiegend ländlicher Bevölkerung und städtischem Bildungs- und Kulturbürgertum entsprach.
Das Verhältnis der Tiroler Bevölkerung respektive seiner politischen bzw.

47 Zu Friedrich Funder (1872-1959) zuletzt Hedwig PFARRHOFER, Friedrich Funder. Ein Mann zwischen Gestern und Morgen, Wien-Köln 1978.
48 Vgl. H. ANDICS, 1974, S.224.
49 Vgl. E. HANISCH/U. FLEISCHER, 1986, S.65ff.

ständischen Vertreter zum Habsburgerstaat wurde von der historischen Forschung stets als besonders nah und loyal beschrieben. Dabei spielten die seit dem Mittelalter gewährten ständischen Freiheiten und die bäuerliche Repräsentanz im Tiroler Landtag eine wesentliche Rolle. Das föderalistische Landesbewußtsein schien stärker ausgeprägt zu sein als das Gesamtstaatsverständnis, und die Devise, daß die traditionell verbürgten Landesrechte nicht von Reichsrechten gebrochen oder überlagert werden durften, bildete einen kontinuierlich verfolgbaren roten Faden der Tiroler Politik gegenüber den kaiserlichen Regierungen in Wien. Hinzu trat die große konfessionelle Homogenität des Landes, wo sich in der Verbindung von Glaubenstreue und katholischem Herrscherhaus über Jahrhunderte ein ausgesprochenes Bündnis von Thron und Altar entwickelt hatte. So lag es nahe, daß die überhasteten Reformen Josephs II., das Eindringen der freimaurerisch-revolutionären Truppen Frankreichs und die aufklärerisch ausgerichtete Herrschaft der Bayern der Aversion gegen das Neue und Auswärtige weitere Nahrung gaben.[50] Ebenso erging es den im Gefolge der revolutionären Ereignisse von 1848 auch in Tirol eindringenden liberalen Anschauungen, die konsequenterweise bei der ausgeprägt klerikalen politischen Führung[51] und dem überwiegend konservativ ausgerichteten feudalen Adel auf heftige Ablehnung stießen. Hier kam das Konkordat von 1855 zum rechten Augenblick, um die religiöse und politische Position der (hohen) Geistlichkeit in Tirol erneut zu zementieren. Nur in der akademischen Jugend und im gehobenen Bürgertum zeigte sich eine entsprechende liberale Reaktion. Und mit der Austreibung der Protestanten aus dem Zillertal, der Rückkehr der Jesuiten nach Innsbruck und der Versteinerung des Systems fand schließlich auch in Tirol eine - wenn auch geringe - politisch-weltanschauliche Polarisierung statt.[52]

Die Erfahrungen der Revolution von 1848 trugen daher nicht wenig dazu bei, daß Tirol bis zum Ende des 19. Jahrhunderts extrem konservativ blieb. Zum anderen gründete die sprichwörtliche antiklerikale Aggressivität der Tiroler Liberalen[53] und später auch der Sozialdemokratie eben in dieser politischen Dominanz und Schwerfälligkeit des katholisch-konservativen Lagers. Soziale, wirtschaftliche und nicht zuletzt kulturelle Neuerungen erreichten damit im Lande selbst nur langsame Fortschritte. Über dreißig Jahre - von 1861 bis 1892 - sollten nämlich die Probleme um soziale oder politische Reformen von einem Streit überlagert werden, der sich primär um die Frage des kirchlichen Einflusses auf

50 Vgl. J. Riedmann, ²1988, S.181.
51 Vgl. R. Schober, 1975, S.143.
52 Vgl. J. Fontana, 1978, S.414, und J. Riedmann, ²1988, S.183.
53 Vgl. J. Riedmann, ²1988, S.191.

das Schulwesen, um die Etablierung akatholischer Gemeinden und um die Ehegerichtsbarkeit handeln sollte. Hinzu trat der Streit um die nationalen Forderungen der italienischsprachigen Tiroler nach mehr politischer und kultureller Autonomie, der sowohl innerhalb der Parteien wie zwischen denselben und nicht zuletzt im Verhältnis zu Wien entsprechende Mißstimmungen auslöste.[54]

Die Konservativen um den wortgewaltigen Fürstbischof von Brixen, Vinzenz Gasser,[55] hatten hingegen in ihrem Bestreben nach Rettung der Glaubenseinheit und der allgemeinen Sittlichkeit des Landes offensichtlich vergessen, die wachsenden Probleme der neuen Zeit, die nicht nur die Arbeiter, sondern primär auch die in Tirol überwiegend verarmende ländliche Bevölkerung berührten, ideologisch und programmatisch aufzuarbeiten. Um schließlich derartige Versäumnisse nachzuholen, formierte sich zunächst im Schoße der Konservativen eine kleine Gruppe, der die bisher betriebene Politik zu autoritär und zu konservativ erschien und die den Ideen der in Wien aufstrebenden Christlichsozialen zuneigte. Die ersten Vertreter dieser sogenannten "schärferen Tonart" wurden schließlich 1895 in den Tiroler Landtag gewählt, darunter auch der spätere Parteiführer und Professor am Brixner Priesterseminar, Prälat Dr. Aemilian Schöpfer,[56] der bereits drei Jahre später, also 1898, den Christlichsozialen Verein in Tirol gründete und damit den Bruch mit den Altkonservativen endgültig vollzog. Die Folge dieser Entwicklung war ein erbitterter Bruderzwist innerhalb des katholischen Lagers, den zuletzt weniger ideologische Auseinandersetzungen als vielmehr persönliche Ressentiments zwischen den Parteiführern prägten. Während in den anderen Kronländern sich die Konservativen und Christlichsozialen bereits 1907 nach Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes vereinigten, blieben die Tiroler Konservativen bis 1918 eine eigenständige Partei, ehe sie sich den übermächtigen Christlichsozialen anschlossen.

An all den geschilderten politischen Problemen nahm der italienische Landesteil in weit geringerem Maße Anteil als die deutschtirolischen Gebiete. Wohl entsprach in der neuen Landtagswahlordnung von 1861 die Anzahl der italienischsprachigen Deputierten einigermaßen dem Prozentsatz der Einwohner im Land, dennoch weigerte sich ein Großteil der Abgeordneten aus Welschtirol, den Landtag in Innsbruck zu besuchen.[57]

54 Vgl. R. SCHOBER, 1978.

55 Zu Vinzenz Gasser (1856-1879): Josef GELMI, Die Brixner Bischöfe in der Geschichte Tirols, Bozen 1984, S.233-243, und G. MAYER, 1989, passim.

56 Zu Aemilian Schöpfer (1859-1936): Anton KLOTZ, Dr. Aemilian Schöpfer. Priester und Volksmann, Innsbruck 1936; Josef STIFTER, Dr. Aemilian Schöpfer und der Bruderstreit in Tirol, Phil. Diss. Wien 1948; Anselm SPARBER, Dem Andenken des Prälaten Dr. Aemilian Schöpfer, in: Der Schlern 38 (1958), S.311-317; Hermann J.W. KUPRIAN, Aemilian Schöpfer, in: Österreichisches Biographisches Lexikon (im Druck).

Sie verlangten eine weitgehende Autonomie, die sich zumindest in der Gewährung einer eigenen Verfassung und eines eigenen Landtages, so wie dies 1861 auch Vorarlberg zugestanden wurde, manifestieren sollte. Diese Forderungen fanden aber weder in Innsbruck noch in Wien Zustimmung, obwohl Verhandlungen darüber einige Male bereits weit gediehen waren. Die deutsche Seite befürchtete, daß dies ein erster Schritt zum vollständigen Anschluß Welschtirols an Italien bedeuten würde, zumal durch die Abtretung Venetiens an Frankreich bzw. Italien Tirol seit 1866 ohnehin wieder Grenzland zu einem Nachbarn geworden war, der immer unverhohlener territoriale Ansprüche auf den südlichen Landesteil artikulierte. Diese Ansprüche wurden 1918 schließlich auch erfüllt.

Aus all diesen Darlegungen wird zugleich deutlich, wie schwierig es ist, auch nur sehr oberflächlich das Spannungsfeld, in dem sich die Gesellschaft der Donaumonarchie um die Jahrhundertwende sowohl innen- wie außenpolitisch bewegte, zu beschreiben, weil dabei ein Grundgegensatz zwischen euphorischem Hochgefühl einerseits und einer Weltuntergangsstimmung andererseits erkennbar wird, die - wie Norbert Leser vermerkte - "zur gleichen Zeit und am gleichen Ort koexistierten, und zwar nicht nur repräsentiert durch verschiedene Schichten und Persönlichkeiten, die jeweils eine der genannten Tendenzen verkörperten, sondern oft in ein und derselben Persönlichkeit und Gruppe, die zwischen entgegengesetzten Haltungen schwankten".[58] Man erlebte die letzten Jahrzehnte dieser im Grunde doch katholischen Großmacht tatsächlich als Inbegriff des gesellschaftlichen Fortschrittes. Gleichzeitig aber machte sich das Gefühl breit, auf einem Vulkan zu leben und dem Untergang entgegenzugehen oder die besten Tage bereits hinter sich zu haben. Es überrascht deshalb nicht, daß dieses Gefühl des Untergangs einer alten Ordnung und des gesellschaftlichen Rahmens, in dem man lebte, zwar weit verbreitet war, doch nur von wenigen Zeitgenossen auch in entsprechender Weise artikuliert werden konnte. Angesichts der zahlreichen nationalen, politischen und sozialen Veränderungen, die sich in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts anbahnten und sich in revolutionärer Weise zuspitzten, wird wohl auch verständlich, daß beispielsweise trotz ihrer geistigen Blüte auch die österreichische Kultur ihre Revolution schuldig blieb.

57 Vgl. J. Riedmann, [2]1988, S.191f.
58 N. Leser, 1987, S.29f.

Abstract

Hermann J.W. Kuprian: Il campo di tensione "Stato e società" nell'Austria della seconda metà del XIX secolo.

La rivoluzione del 1848/49 per la prima volta rese esplicite quelle richieste di ordine politico, nazionale e sociale, che nei decenni successivi hanno determinato, nella declinante monarchia asburgica, le interrelazioni tra le pretese di potere statale e le aspirazioni sociali di emancipazione. Nonostante numerose innovazioni e isolati progressi, non c'è tuttavia alcun fondamentale confronto di principio tra forme e riforme sociali; ne consegue che né lo Stato e la Chiesa, né la rappresentanza parlamentare con i suoi partiti di massa in ascesa, si dimostrarono all'altezza del rapporto conflittuale tra le nazionalità. Tenendo presente per di più che anche le strutture di dominio e le mentalità nelle singole regioni, storicamente diverse, esigevano soluzioni di per sé divergenti. Questo contributo, cercando di delineare questa situazione conflittuale in conseguenza della quale si allarga il noto e soltanto apparentemente contradditorio contrasto tra un sentimento di euforia e di imminente declino mondiale alla fine del secolo, abbozza anche un breve squarcio sull'"ambiente tirolese".

Literaturauswahl

ABLEITINGER, Alfred: Ernest von Koerber und das Verfassungsproblem im Jahre 1900. Österreichische Nationalitäten- und Innenpolitik zwischen Konstitutionalismus, Parlamentarismus und oktroyiertem allgemeinem Wahlrecht (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 12), Wien-Köln-Graz 1973.
ANDICS, Hellmut: Das österreichische Jahrhundert. Die Donaumonarchie 1804-1918, Wien-München-Zürich 1974.
BERCHTOLD, Klaus (Hrsg.): Österreichische Parteiprogramme 1868-1966, München 1967.
BRUCKMÜLLER, Ernst: Sozialgeschichte Österreichs, Wien-München 1985.
BRUCKMÜLLER, Ernst: Ein begrenzter Aufstieg. Das österreichische Bürgertum zwischen Biedermeier und Liberalismus, in: Innere Staatsbildung und gesellschaftliche Modernisierung in Österreich und Deutschland 1867/71 bis 1914. Historikergespräch Österreich-Bundesrepublik Deutschland 1989, hrsg. von Helmut RUMPLER, Wien-München 1991, S.69-90.
BRUCKMÜLLER, Ernt; Ulrike DÖCKER; Hannes STEKL; Peter URBANISTSCH (Hrsg.): Bürgertum in der Habsburger Monarche, Wien-Köln 1990.
CSÁKY, Moritz: Kulturkampf, Freisinn und Liberalismus im Österreich der siebziger und achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts, in: Religion und Kultur an Zeitenwenden. Auf Gottes Spuren in Österreich, hrsg. von Norbert LESER, Wien-München 1984, S.186-199.
EBERT, Kurt: Die Anfänge der modernen Sozialpolitik in Österreich (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 15), Wien 1975.
FONTANA, Josef: Der Kulturkampf in Tirol 1861-1892 (Schriftenreihe des Südtiroler Kulturinstitutes 6), Bozen 1978.
FRANZ, Georg: Kulturkampf. Staat und katholische Kirche in Mitteleuropa, München 1954.
Geschichte des Landes Tirol, Schriftleitung Josef FONTANA, 4 Bde., Bozen-Wien 1985-1988.
GRANDNER, Margarete: Staatliche Sozialpolitik in Cisleithanien 1867-1918, in: Innere Staatsbildung und gesellschaftliche Modernisierung in Österreich und Deutschland 1867/71 bis 1914. Historikergespräch Österreich-Bundesrepublik Deutschland 1989, hrsg. von Helmut RUMPLER, Wien-München 1991, S.150-165.
HANISCH, Ernst: Ambivalenzen der Modernisierung. Die Formierung der politischen Lager in den "Alpenländern", in: Innere Staatsbildung und gesellschaftliche Modernisierung in Österreich und Deutschland 1867/71 bis 1914. Historikergespräch Österreich-Bundesrepublik Deutschland 1989, hrsg. von Helmut RUMPLER, Wien-München 1991, S.176-185.
HANISCH, Ernst; Ulrike Fleischer: Im Schatten berühmter Zeiten. Salzburg in den Jahren Georg Trakls (1887-1914) (Trakl-Studien XIII), Salzburg 1986.
HÄUSLER, Wolfgang: Zur sozialen und nationalen Problematik der Revolution von 1848/49 in der Donaumonarchie, in: Revolutionäre Bewegungen in Österreich, hrsg. von Erich ZÖLLNER (Schriften des Instituts für Österreichkunde 38), Wien 1981, S.110-128.
HOFMEISTER, Herbert: Staatshilfe und Selbsthilfe, in: Das Zeitalter Kaiser Franz Josephs, 2.Teil, 1880-1916: Glanz und Elend. Ausstellungskatalog Schloß Grafenegg, Horn 1987, S.83-106.
HOLTMANN, Everhard: Arbeiterbewegung, Staat und Sozialpolitik in der Spätzeit der Habsburgermonarchie. Strukturelle Bedingungen österreichischer Sozialgesetzgebung zwischen 1890 und 1914, in: Politik und Gesellschaft im alten Österreich. Festschrift für Rudolf Neck zum 60. Geburtstag, Bd.1, Wien 1981, S.239-254.
JOHNSTON, William M.: Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. Gesellschaft und Ideen im Donauraum 1848 bis 1938, Wien-Graz-Köln ²1980.
KANN, Robert A.: Geschichte des Habsburgerreiches 1526-1918 (Forschungen zur Geschichte des Donauraumes 4), Wien-Köln-Graz ²1982.
KLEIN, Anton: Die inneren Verhältnisse der Österreichisch-ungarischen Monarchie am Vorabend des großen Völkerringens. Mit besonderer Berücksichtigung des Nationalitätenproblems, in: Österreich am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Graz-Wien 1964, S.25-47.
KNOLL, Reinhold: Zur Tradition der christlichsozialen Partei. Ihre Früh- und Entwicklungsgeschichte bis zu den Reichsratswahlen 1907 (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 13), Wien-Köln-Graz 1973.
LESER, Norbert: Genius Austriacus. Beiträge zur politischen Geschichte und Geistesgeschichte Österreichs (Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für neuere österreichische Geistesgeschichte 4), Wien-Köln-Graz ²1986.
LESER, Norbert: Theodor Herzl und das Wien des Fin de siècle (Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für neuere österreichische Geistesgeschichte 5), Wien-Köln-Graz 1987.
MAGRIS, Claudio: Der habsburgische Mythos in der österreichischen Literatur, Salzburg ²1988.

MAYER, Ernst: Die Geschichte der sozialen Bewegungen in Österreich, in: Österreich in Geschichte und Literatur 3 (1959), Sonderheft "Österreich 1848-1918", S.72-85.
MAYER, Gottfried: Österreich als "Katholische Großmacht". Ein Traum zwischen Revolution und liberaler Ära (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 24), Wien 1989.
PRANTNER, Robert: Die Geschichte der politischen Parteien 1848 - 1918, in: Österreich in Geschichte und Literatur 3 (1959), Sonderheft "Österreich 1848-1918", S.85-99.
REDLICH, Josef: Das österreichische Staats(problem) und Reichsproblem. Bd.I/1, Leipzig 1920.
RIEDMANN, Josef: Geschichte Tirols, Wien ²1988.
ROSSBACHER, Karlheinz: Literatur und Liberalismus. Zur Kultur der Ringstraßenzeit in Wien, Wien 1992.
SANDGRUBER, Roman: Alltag des Fin de siècle. Wiener Glanz und Elend, in: Das Zeitalter Kaiser Franz Josephs. Ausstellungskatalog 1987, S.138-152.
SCHOBER, Richard: Die Tiroler Konservativen in der Ära Taaffe, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 29 (1976), S.258-314.
SCHOBER, Richard: Das Verhältnis der Katholisch-Konservativen zu den Christlich-Sozialen in Tirol bis zu den Reichsratswahlen von 1907, in: Tiroler Heimat 38 (1975), S.139-173 und 39 (1976), S.155-193.
SCHOBER, Richard: Ein Bischof im Kreuzfeuer der Tiroler Christlichsozialen und Konservativen, in: Österreich in Geschichte und Literatur 20/6 (1976), S.387-405.
SCHOBER, Richard: Der Kampf um das Autonomieprojekt von 1900-1902 für das Trentino aus der Sicht österreichischer Quellen (Collana di Monografie edita dalla Società di Studi Trentini 31), Trento 1978.
SCHORSKE, Carl E.: Wien. Geist und Gesellschaft im Fin de siècle, Frankfurt a. M. 1982.
SKUPY, Hans-Horst (Hrsg.): Österreich-Brevier. Aphorismen und Zitate von Altenberg bis Zweig, Wien-München 1983.
SPITZER, Daniel: Der Zerfall Österreichs, Graf Beust und andere Kleinigkeiten (19.9.1870), in: Daniel SPITZER, Wiener Spaziergänge. 2.Bd., Leipzig und Wien 1879, S.141-144.
STEINER, Herbert: Die Arbeiter in der Revolution von 1848, in: Die ersten 100 Jahre. Österreichische Sozialdemokratie 1888 - 1988, hrsg. von Helene MAIMANN, Wien-München 1988, S.18-21.
UCAKAR, Karl: Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 24), Wien 1985.
URBANITSCH, Peter: Politisierung der Massen, in: Das Zeitalter Kaiser Franz Josephs, 2.Teil, 1880-1916: Glanz und Elend. Ausstellungskatalog Schloß Grafenegg, Horn 1987, S.106-118.
VAJDA, Stephan: Felix Austria. Eine Geschichte Österreichs, Wien-Heidelberg 1980.
VINCZE, Edit S.: Der Neudörfler Parteitag von 1874 und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Ungarn, in: Politik und Gesellschaft im alten Österreich. Festschrift für Rudolf Neck zum 60. Geburtstag, Bd.1, Wien 1981, S.273-304.
VOCELKA, Karl: Thron und Altar im alten Österreich, in: Religion und Kultur an Zeitenwenden. Auf Gottes Spuren in Österreich, hrsg. von Norbert LESER, Wien-München 1984, S.200-211.
WADL, Wilhelm: Liberalismus und soziale Frage in Österreich (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 23), Wien 1987.
WANDRUSZKA, Adam: Die Habsburgermonarchie von der Gründerzeit bis zum Ersten Weltkrieg, in: Das Zeitalter Kaiser Franz Josephs, 2.Teil, 1880-1916: Glanz und Elend. Ausstellungskatalog Schloß Grafenegg, Horn 1987, S.4-18.
WANDRUSZKA, Adam/Peter Urbanitsch (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. I-VI/1, Wien 1973-1989.
WEHLER, Hans Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1815-1845/49. 2.Bd., München 1987.
WEINZIERL, Erika: Die Lage der Kirche in Österreich zwischen 1848 und 1918, in: Österreich in Geschichte und Literatur 3 (1959), Sonderheft "Österreich 1848-1918", S.99-112.
WEINZIERL, Erika: Österreichs Klerus und die Arbeiterschaft. Ihr Verhältnis im 19. Jahrhundert nach den Quellen, in: Ecclesia semper reformanda. Beiträge zur österreichischen Kirchengeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Wien-Salzburg 1985, S.99-106.
WEINZIERL-FISCHER, Erika: Die österreichischen Konkordate von 1855 und 1933, Österreich-Archiv, Wien 1960.
Wien um 1900. Aufbruch in die Moderne, hrsg. von Peter BERNER, Emil BRIX und Wolfgang MANTL, München 1986.
Das Zeitalter Kaiser Franz Josephs, 2.Teil, 1880-1916: Glanz und Elend. Ausstellungskatalog Schloß Grafenegg, Horn 1987.